

An den Innenminister des Landes Brandenburg
Herrn Jörg Schönbohm

Nauen, den 06.12.2006

Sehr geehrter Herr Schönbohm,

wir, die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nauen, protestieren gegen die von Ihrem Ministerium geplante Schließung der Polizeiwache in der Stadt Nauen und fordern Sie auf, diese Entscheidung umgehend rückgängig zu machen.

Wir bezweifeln, dass die zukünftig geringere Polizeipräsenz in der Fläche eine konsequente Bekämpfung der Straftaten und die damit verbundene Schaffung eines Sicherheitsgefühles für die Bevölkerung im zentralen Havelland von einer Wache in Falkensee oder Rathenow erfolgen kann.

1. Nach der von Ihrem Ministerium maßgeblich initiierten Gemeindegebietsreform umfasst die Stadt Nauen mit ihren Ortsteilen eine Fläche von 266 km². (Falkensee: 43,3 km²; Rathenow mit seinen Ortsteilen: ca. 112 km²) Nauen ist somit mit Abstand größte Flächengemeinde des Havellandes.
2. Von einer Schließung der Polizeiwache in Nauen wären ca. 37.000 Einwohner betroffen, die in Nauen und den umliegenden Gemeinden leben.
3. Die Polizeiwache Nauen befindet sich in einem geeigneten Gebäude, das z. B. in der Stadt Falkensee erst entstehen müsste. Finanzpolitisch ist das dem Steuerzahler nicht zu vermitteln.
4. Die Internetwache des Landes Brandenburg hat auf ihrer Homepage die Kriminalitätsschwerpunkte des Landkreises Havelland benannt. Für Nauen sind dies:
 - Rohheitsdelikte
 - Straftaten gegen die persönliche Freiheit
 - KfZ-Delikte
 - Fahrraddiebstähle
5. In der Stadt Nauen befindet sich zurzeit der Sitz des Schutzbereiches Havelland. Diese Entscheidung war sicherlich auch dem Umstand geschuldet, dass Nauen sich in zentraler Lage im Havelland befindet.

6. Die Verlegung dieses Schutzbereiches in die Peripherie dient weder dem Erhalt des subjektiven Sicherheitsgefühls des Bürgers, noch dient es einem wirkungsvollen Einsatz der Polizeikräfte im Havelland.
7. Wir die Stadtverordneten fordern die Planungen Ihres Ministeriums erneut nach polizeitaktischen Gesichtspunkten zu überprüfen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte müssen bei dieser Reform von nachrangiger Bedeutung sein, zumal auch eine Einsparung von Steuergeldern nicht zu erkennen ist.
8. Wir distanzieren uns ebenso von der öffentlich geführten Debatte einiger Kreistagsmitglieder, die offensichtlich populistischer Natur ist und nur im Zeichen einer Kirchturmpolitik ureigenste Interessen verfolgt ohne die Befürchtungen der Bürger zu respektieren.